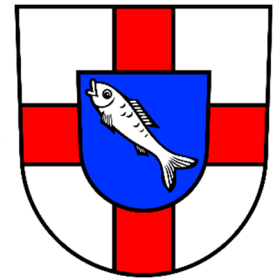


Gemeinde Moos

Auswahlverfahren einer Dienstleistungskonzession
im Betreibermodell für den Betrieb eines Gigabit-
Netzes gemäß Gigabit-Richtlinie 2.0 im Rahmen des
Lückenschlussprogramm

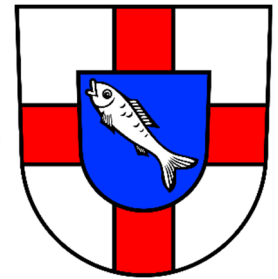
im Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbe-
werb

BEWERBERMEMORANDUM



Inhaltsverzeichnis

1.	Gegenstand des Verfahrens	3
2.	Vergabestelle – Auftraggeber	4
3.	Formale Angaben zum Verfahren	4
3.1.	Art des Verfahrens	4
3.2.	Teilnahmeberechtigung.....	5
3.3.	Bewerbergemeinschaften	5
3.4.	Eignungsleihe / Unterauftragnehmer	6
3.5.	Ablauf des Verfahrens.....	7
3.6.	Kopplungsnachlass	8
4.	Formale Vorgaben zum Teilnahmewettbewerb (Phase 1).....	8
4.1.	Form und Frist der Teilnahmeanträge.....	8
4.2.	Nachweis der Eignung	9
4.3.	Nachforderung von Unterlagen	9
4.4.	Mindestreferenzen	10
4.5.	Zuschlagskriterien	10
5.	Weitere Rahmenbedingungen des Verfahrens	10
5.1.	Einverständnis der Bewerber	10
5.2.	Fragen zum Verfahren	11
5.3.	Änderung und Aufhebung des Verfahrens.....	12
5.4.	Kostenerstattung für die Teilnahme am Vergabeverfahren	12
5.5.	Tariftreue und Mindestlohn	12
6.	Einverständnis der Bewerber	13
7.	Vergabekammer.....	13
8.	Anlagen	14

**1. Gegenstand des Verfahrens**

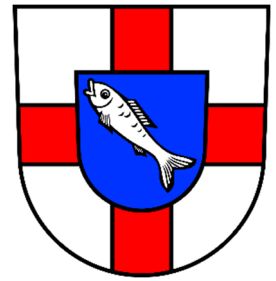
Die Gemeinde Moos plant die Errichtung und den Betrieb eines Gigabit-Netzes auf dem städtischen Gebiet im Rahmen des sogenannten „Betreibermodells“ mit dem Ziel der Beseitigung der vorhandenen unterversorgten Gebiete im sogenannten Lückenschluss-Programm.

Die Gemeinde Moos hat im Jahr 2016 mit der Firma Thüga Energienetze GmbH (THEN) einen Konzessionsvertrag zur Versorgung der Gemeinde mit Erdgas abgeschlossen. Die Gemeinde hat seitdem die durch den Ausbau des Gasversorgungsnetzes anstehenden umfangreichen Tiefbauarbeiten zur Mitverlegung von Leerrohren zur Errichtung eines flächendeckenden FTTB-Netzes genutzt. Die Leerrohrverlegung erfolgte in allen vier Ortsteilen auf Basis eines FTTB-Masterplans, damit eine flächendeckende Versorgung der Bürgerinnen und Bürger gewährleistet werden kann. Dadurch konnte in alle vier Ortsteilen ein fast flächendeckendes Glasfasernetz hergestellt werden. Allerdings verbleiben in allen Ortsteilen einzelne Versorgungslücken, da diese von der THEN nicht mit einem Gasversorgungsnetz erschlossen wurden und entsprechend ebenfalls keine FTTB-Leerrohrinfrastruktur verlegt wurde. Für die Schließung der Versorgungslücken hat die Gemeinde bereits zwei Infrastrukturförderungen im Rahmen des "Gigabit 2.0 Lückenschlussprogramm" beantragt und bewilligt bekommen, um ein flächendeckendes Glasfasernetz in allen Ortsteilen herzustellen.

Entsprechend der vorliegenden Zuwendungsbescheiden ist das Projektgebiet in zwei (Einzel-)Lose untergliedert:

Los	eAkte	Kommune	Anschlüsse
Los 1	832.6/10-24 08BW20054	Gemeinde Moos	58
Los 2	832.6/10-25 12BW20077	Gemeinden Moos und Gaienhofen	59
			117

Nähere Informationen zum Leistungsgegenstand erhalten die im Rahmen des Teilnahmewettbewerbs ausgewählten Bewerber mit der Aufforderung zur Angebotsabgabe.



2. Vergabestelle – Auftraggeber

Vergabestelle und Auftraggeber der ausgeschriebenen Leistungen ist die Gemeinde Moos.

Die Gemeinde Moos wird in den Vergabeunterlagen gleichbedeutend auch als „Auftraggeber“ oder „Vergabestelle“ bezeichnet. Die Bewerber / Bieter werden gleichbedeutend auch als „Auftragnehmer“ bezeichnet. Auftraggeber und Auftragnehmer werden gemeinsam auch als „Vertragspartner“ bezeichnet.

Die Vergabestelle wird in diesem Verfahren beraten und unterstützt von:

Menold Bezler Rechtsanwälte Steuerberater Wirtschaftsprüfer Partnerschaft mbB

Rechtsanwalt Dr. Karsten Kayser

Rechtsanwalt Dr. Markus Schildknecht / Fachanwalt für Vergaberecht

Stresemannstraße 79

70191 Stuttgart

BK-Teleconsult GmbH

Herr Gregor Häußermann

Schillerstraße 49

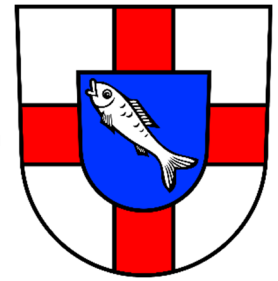
71522 Backnang

3. Formale Angaben zum Verfahren

3.1. Art des Verfahrens

Aufgrund des geschätzten Auftragswerts der zu vergebenden Leistungen erfolgt die Ausschreibung europaweit in einem Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb entsprechend § 12 KonzVgV i.V.m. § 14 Abs. 2, Abs. 3 Nr. 2, Nr. 3 VgV, § 119 Abs. 5 GWB (zur Bestimmung eines Netzbetreibers für den Betrieb eines Gigabit-Netzes im Betreibermodell in den ausgeschriebenen Ausbaubereichen nach Maßgabe der Richtlinie „Förderung zur Unterstützung des Gigabitaufbaus der Telekommunikationsnetze in der Bundesrepublik Deutschland“ vom 31.03.2023 (nachfolgend „Gigabit-RL 2.0“).

Wesentliche Grundlage des Verfahrens sind die „Rahmenregelung der Bundesrepublik Deutschland zur Unterstützung des flächendeckenden Aufbaus von Gigabitnetzen in „grauen Flecken““ vom 13.11.2020 (nachfolgend „Gigabit-RR“), die Richtlinie „Förderung



zur Unterstützung des Gigabitausbaus der Telekommunikationsnetze in der Bundesrepublik Deutschland“ vom 31.03.2023 (nachfolgend Gigabit-RL 2.0) sowie die Mitteilung der Europäischen Union „Leitlinien der EU für die Anwendung der Vorschriften über staatliche Beihilfen im Zusammenhang mit dem schnellen Breitbandausbau“ vom 26.01.2013 (2013/C 25/01).

Das Verfahren wurde dem Amt für amtliche Veröffentlichungen der EU zur europaweiten Bekanntmachung übersandt und im Supplement des Amtsblatts der EU veröffentlicht. Die EU-Auftragsbekanntmachung ist auf der Homepage <http://ted.europa.eu> abrufbar.

Zudem wurde die Bekanntmachung unter <https://projekttraeger-breitband.de> veröffentlicht.

Die Verfahrenssprache ist deutsch.

3.2. Teilnahmeberechtigung

Teilnahmeberechtigt sind alle natürlichen und juristischen Personen, die die in der EU-Auftragsbekanntmachung geforderte Eignung aufweisen sowie Bewerbergemeinschaften, die die Eignungsanforderungen erfüllen.

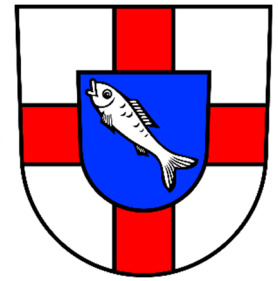
Die gemeinsame Beteiligung mit weiteren Unternehmen ist als Bewerbergemeinschaft oder unter Einbindung von Nachunternehmen nach Maßgabe der Vorgaben dieses Bewerbermemorandums möglich.

Beteiligt sich ein Unternehmen mehrfach – sei es als Bewerber, Mitglied einer Bewerbergemeinschaft oder Unterauftragnehmer – an diesem Vergabeverfahren, so kann dies zum Verfahrensausschluss aller Bewerber / Bewerbergemeinschaften, bei denen das jeweilige Unternehmen beteiligt bzw. als Unterauftragnehmer vorgesehen ist, führen.

3.3. Bewerbergemeinschaften

Unternehmen können sich für die Teilnahme an diesem Verfahren zu Bewerbergemeinschaften zusammenschließen. Bewerbergemeinschaften stehen Einzelbewerbern gleich.

Eine nachträgliche Bildung von Bewerbergemeinschaften nach Ende der Frist zur Abgabe des Teilnahmeantrags ist nicht zulässig.



Bewerbergemeinschaften haben eine von allen Mitgliedern unterzeichnete Erklärung abzugeben, in welcher sie die Aufgabenteilung innerhalb der Bewerbergemeinschaft darstellen, einen bevollmächtigten Vertreter der Bewerbergemeinschaft benennen und erklären, dass alle Mitglieder der Bewerbergemeinschaft im Vergabeverfahren sowie im Auftragsfall gesamtschuldnerisch haften.

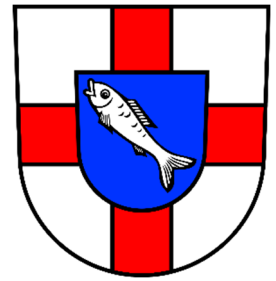
3.4. Eignungsleihe / Unterauftragnehmer

Die Eignung ist für jedes Mitglied einer Bewerbergemeinschaft gesondert nachzuweisen. Soweit in der EU-Auftragsbekanntmachung oder in den Teilnahmeformularen nichts Abweichendes geregelt wird, sind daher alle Eignungsnachweise von jedem Mitglied einer Bewerbergemeinschaft vorzulegen. Die geforderten Eignungsnachweise sind der EU-Auftragsbekanntmachung zu entnehmen.

Ist ein Unternehmen – sei es als Bewerber, Mitglied einer Bewerbergemeinschaft oder im Wege der Eignungsleihe – an mehreren Bewerbungen beteiligt, so kann dies zum Verfahrensausschluss aller Bewerber / Bewerbergemeinschaften, bei denen das jeweilige Unternehmen beteiligt bzw. im Wege der Eignungsleihe einbezogen ist, führen.

Ein Bewerber kann sich zum Nachweis seiner Eignung auf andere Unternehmen stützen, ungeachtet des rechtlichen Charakters der zwischen ihm und diesem Unternehmen bestehenden Verbindungen (Eignungsleihe). In diesem Fall ist der Vergabestelle mit Einreichung des Teilnahmeantrags nachzuweisen, dass dem Bewerber die erforderlichen Kapazitäten zur Verfügung stehen, indem beispielsweise die diesbezüglichen verpflichtenden Zusagen der Unternehmen vorgelegt werden.

Die Unternehmen, auf die sich ein Bewerber zum Nachweis seiner Eignung stützt, müssen die Eignung nach der EU-Auftragsbekanntmachung hinsichtlich derjenigen Eignungskriterien erfüllen, zu deren Nachweis sich der Bewerber auf die Eignung des Unternehmens stützt. Zudem sind die Erklärungen über das Vorliegen von Ausschlussgründen vorzulegen. Werden die vorstehend dargestellten Eignungsanforderungen nicht erfüllt oder liegen Ausschlussgründe vor, so ist das Unternehmen auf Anforderung der Vergabestelle innerhalb einer von dieser vorgegebenen Frist zu ersetzen. Liegen Ausschlussgründe vor, so kann die Vergabestelle verlangen, dass der Bewerber das Unternehmen ersetzt. Nicht eignungsrelevante Unterauftragnehmer sind mit dem Teilnahmeantrag noch nicht zu benennen.



3.5. Ablauf des Verfahrens

Das Verhandlungsverfahren wird in zwei Phasen durchgeführt:

Phase 1 – Teilnahmewettbewerb:

Interessierte Unternehmen sind in der derzeit stattfindenden Phase 1 zur Beteiligung am Teilnahmewettbewerb aufgefordert. Alle geeigneten Bewerber im Rahmen des Teilnahmewettbewerbs werden zur Abgabe eines Angebots aufgefordert werden.

Phase 2 – Angebots- und Verhandlungsphase:

Die Vergabestelle beabsichtigt alle geeigneten Bewerber je Los zur Angebotsabgabe aufzufordern.

Die Vergabeunterlagen werden allen zur Abgabe eines ersten Angebots ausgewählten Teilnehmern zeitgleich zur Verfügung gestellt. Der geforderte Inhalt der Angebote ist in den Vergabeunterlagen dargestellt, die den im Rahmen des Teilnahmewettbewerbs ausgewählten und zur Abgabe eines Angebots aufgeforderten Bewerbern zugehen werden. Auf Grundlage dieser Unterlagen erarbeiten die Bieter ein erstes Angebot.

Nähere Einzelheiten zu inhaltlichen und formalen Vorgaben bzgl. der Konzepte werden den zur Angebotsabgabe ausgewählten Bietern mit Aufforderung zur Angebotsabgabe zur Verfügung gestellt.

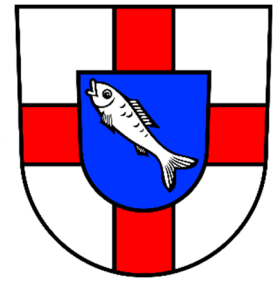
Die Vergabestelle behält sich vor, im Rahmen des an die erste Wertung anschließenden Verhandlungsverfahrens sukzessive weniger gut platzierte Bieter auszuschneiden, nur mit einzelnen anhand der Wertung besser platzierten Bietern in (weitere) Verhandlungen zu treten und Endverhandlungen nur mit einem Unternehmen zu führen.

Nach erfolgter Durchführung der Verhandlungen sowie Prüfung und Wertung der Angebote wird dem auf Grundlage der Zuschlagskriterien je Los wirtschaftlichsten Angebot der Zuschlag erteilt.

Für die Durchführung des Vergabeverfahrens ist folgender **Zeitplan** vorgesehen:

Mitte Juni 2026: Voraussichtliche Aufforderung zur Angebotsabgabe

Ende Juli 2026: Ende der Frist zur Abgabe eines ersten indikativen Angebots



Anfang August 2026: Beginn des Verhandlungsverfahrens

anschließend: Überarbeitung der Angebote und weitere Verhandlungen

anschließend: Abschluss des Verhandlungsverfahrens und Zuschlagserteilung

Alle vorgenannten Termine sind unverbindlich. Den zur Angebotsabgabe ausgewählten Bewerbern werden die genauen Termine mit Aufforderung zur Angebotsabgabe gesondert mitgeteilt.

3.6 Kopplungsnachlass

In der Ausschreibung findet eine „rabattierte Loskombination“ über alle Lose (in Anlehnung an § 30 Abs. 3 VgV) Anwendung. Die Bieter haben die Möglichkeit, einen preislichen prozentualen Aufschlag für den Fall anzubieten, dass ihnen der Zuschlag auf mehrere oder alle Lose erteilt wird. Der angebotene prozentuale Aufschlag muss je Los einheitlich sein und wird nur für die Wertung berücksichtigt, wenn dieser im Hinblick auf die Wertung jedes einzelnen Loses dazu führt, dass der Bieter das wirtschaftlichste Angebot eingereicht hat (Einzelbetrachtung des jeweiligen Loses anhand aller Zuschlagskriterien).

4. Formale Vorgaben zum Teilnahmewettbewerb (Phase 1)

4.1. Form und Frist der Teilnahmeanträge

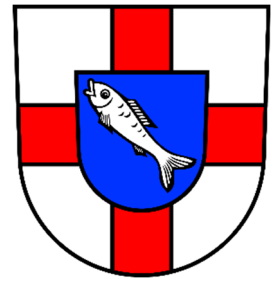
Für die Abgabe des Teilnahmeantrags ist das in der Anlage beigefügte **Teilnahmeformular** auszufüllen.

Der Teilnahmeantrag ist ausschließlich mithilfe elektronischer Mittel über das Online-Vergabeportal unter folgendem Link

<https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4YMZMSDW>

bis spätestens

Montag, 22. Juni 2026, 12:00 Uhr



im Dateiformat „**PDF**“ zu übermitteln.

Die Übermittlung des Teilnahmeantrags hat mithilfe elektronischer Mittel über das Online-Vergabeportal „**DTVP**“ zu erfolgen.

Es wird empfohlen, rechtzeitig vor Ende der Teilnahmefrist die Übermittlung des Teilnahmeantrags zu testen. Bei technischen Problemen und Fragen in diesem Zusammenhang finden Sie unter www.dtv.de weitergehende Informationen. Die Vergabestelle kann zu technischen Fragen im Zusammenhang mit der Abgabe des Teilnahmeantrags grundsätzlich keine Auskünfte erteilen.

Anderweitig auf elektronischem oder postalischem Wege übermittelte Teilnahmeanträge, wie z.B. per Telefax oder E-Mail, sind nicht zugelassen.

4.2. Nachweis der Eignung

Im Teilnahmeantrag ist die Eignung gemäß den Vorgaben der EU-weiten Vergabebekanntmachung nachzuweisen. Die vorzulegenden Erklärungen und Nachweise ergeben sich aus den Vorgaben des Teilnahmeformulars.

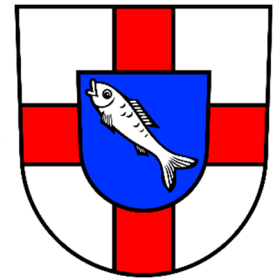
Die Eignung ist für jeden Bewerber bzw. – bei Bewerbergemeinschaften – jedes Mitglied einer Bewerbergemeinschaft gesondert nachzuweisen.

Die Unternehmen, auf die sich ein Bewerber zum Nachweis seiner Eignung stützt, müssen die Eignung nach der europaweiten Vergabebekanntmachung hinsichtlich derjenigen Eignungskriterien erfüllen, zu deren Nachweis sich der Bewerber auf die Eignung des Unternehmens stützt.

Zum Nachweis der Eignungsanforderungen ist das ausgefüllte Teilnahmeformular inklusive den dort aufgeführten Anlagen oder eine entsprechend den Vorgaben ausgefüllte Einheitliche Europäische Eigenerklärung vorzulegen.

4.3. Nachforderung von Unterlagen

Die Vergabestelle behält sich vor, von den Bewerbern die Nachreichung, Vervollständigung und / oder Korrektur von Unterlagen im Rahmen des vergaberechtlich Zulässigen zu verlangen. Werden Unterlagen nicht fristgemäß nachgereicht, vervollständigt oder korrigiert, wird der Teilnahmeantrag ausgeschlossen. Ein Anspruch auf Nachforderung besteht nicht.



Bewerbermemorandum

Seite 10 von 14 Seiten

4.4. Mindestreferenzen

Es gelten folgende Mindestreferenzen:

Los 1:

- Nachweis von vergleichbaren Referenzprojekten über den Betrieb eines Gigabitnetzes mit mindesten 50 Hausanschlüssen

Los 2:

- Nachweis von vergleichbaren Referenzprojekten über den Betrieb eines Gigabitnetzes mit mindesten 50 Hausanschlüssen

4.5. Zuschlagskriterien

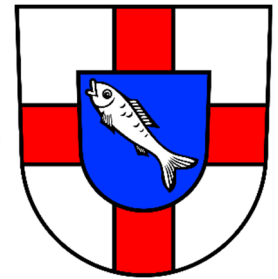
Der Zuschlag wird auf das wirtschaftlichste Angebot je Los erteilt. Das wirtschaftlichste Angebot wird anhand folgender Zuschlagskriterien ermittelt:

Pos.	Zuschlagskriterium	max. erreichbare Punktzahl
1.	Höhe der Pacht	70
2.	Produktpreise für Endnutzer	10
3.	Spätester Zeitpunkt der Inbetriebnahme	10
4	Service- und Vertriebskonzept	10
	Summe	100

5. Weitere Rahmenbedingungen des Verfahrens

5.1. Einverständnis der Bewerber

Jeder am Verfahren beteiligte Bewerber erklärt sich durch seine Beteiligung und Mitwirkung mit den vorliegenden Verfahrensbedingungen einverstanden. Verlautbarungen je-



der Art über Inhalt und Ablauf des Verfahrens vor und während der Laufzeit des Wettbewerbs sowie des ggf. anschließenden Vergabeverfahrens einschließlich der Veröffentlichung aller Ergebnisse dürfen nur durch die Vergabestelle und ihre Bevollmächtigten abgegeben werden.

Jeder Bewerber willigt durch seine Beteiligung am Verfahren ein, dass seine personenbezogenen Daten im Zusammenhang mit dem o.g. Verfahren in Form einer automatisierten Datei geführt werden. Eingetragen werden Name, Vertreter, Anschrift, Telefonnummer und E-Mail-Adresse. Nach Abschluss des Verfahrens werden diese Daten entsprechend den datenschutzrechtlichen Bestimmungen gelöscht.

Jeder Bewerber hat mit Übersendung von Unterlagen im Teilnahmewettbewerb bzw. in den nachfolgenden Vergabeverhandlungen diejenigen Unterlagen deutlich kenntlich zu machen, die Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse enthalten und in welche nach Auffassung des Bewerbers daher im Falle eines vergaberechtlichen Nachprüfungsverfahrens die Akteneinsicht durch Dritte zu versagen ist.

5.2. Fragen zum Verfahren

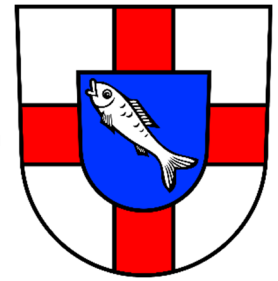
Interessenten haben die Möglichkeit, auf den Teilnahmewettbewerb bezogene Rückfragen zu diesem Vergabeverfahren bis zum **8. Juni 2026** (Eingang) mittels Vergabeplattform zu stellen.

Bitte beachten Sie:

Antworten zu rechtzeitig eingehenden Bewerberfragen sowie aktualisierte oder weitere Unterlagen, welche sämtliche Interessenten und Bewerber im Verfahren betreffen, werden unter vorstehend genanntem Link zur Verfügung gestellt.

Bewerber müssen sicherstellen, dass sie regelmäßig und insbesondere unmittelbar vor Abgabe ihres Teilnahmeantrags prüfen, ob seitens der Vergabestelle zusätzliche Informationen oder Unterlagen zur Verfügung gestellt wurden, welche für die Abgabe des Teilnahmeantrags zu beachten sind.

Verbindlicher Bestandteil der Unterlagen für den Teilnahmewettbewerb werden die unter vorstehendem Link veröffentlichten Antworten und Informationen. Mündliche Auskünfte und Erklärungen haben keine Gültigkeit.



5.3. Änderung und Aufhebung des Verfahrens

Die Vergabestelle behält sich vor, den Teilnahmewettbewerb zu jedem Zeitpunkt zu modifizieren oder durch einfache Mitteilung zu beenden, insbesondere dann, wenn nicht genügend qualifizierte Bewerbungen eingehen. Im Falle der Beendigung des Verfahrens während des Teilnahmewettbewerbs sind Ansprüche gegen die Vergabestelle ausgeschlossen.

Die Vergabestelle ist nicht verpflichtet, den Zuschlag zu erteilen. Sie ist berechtigt, das Vergabeverfahren aufzuheben.

Insbesondere ist zu beachten:

Der Auftraggeber behält sich vor, im Falle der Nichtfinanzierbarkeit des Projektes, insbesondere aufgrund der Nichtgewährung von Fördermitteln, sowie bei Ausbau der Breitband-Netzinfrastruktur durch einen Dritten im Ausschreibungsgebiet bzw. in Teilgebieten das Vergabeverfahren aufzuheben und die vergabegegenständliche Leistung nicht zu vergeben oder aber den Leistungsgegenstand im Hinblick auf das sich ändernde Ausschreibungsgebiet anzupassen.

Den Bewerbern/Bietern stehen für den Fall der Aufhebung des Verfahrens keine Ansprüche auf Erstattung von Aufwendungen, Schadensersatz o.ä. zu.

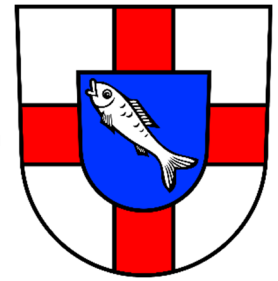
5.4. Kostenerstattung für die Teilnahme am Vergabeverfahren

Für das Bearbeiten und Erstellen der Teilnahmeanträge wird den Bewerbern keine Entschädigung gewährt. Die eingereichten Bewerbungsunterlagen verbleiben bei der Vergabestelle.

5.5. Tariftreue und Mindestlohn

Am 1. Juli 2013 ist das Landestariftreue- und Mindestlohngesetz (LTMG) in Kraft getreten. Danach dürfen öffentliche Aufträge ab einem geschätzten Auftragswert von EUR 20.000,00 (netto) nur an Unternehmen vergeben werden, die sich in Phase 2 des Verfahrens bei der Angebotsabgabe schriftlich verpflichten, die Tariftreuepflichten nach § 3 LTMG zu erfüllen und die Zahlung des Mindestentgelts nach § 4 LTMG zu gewährleisten.

Bei der Angebotsabgabe ist eine schriftliche Verpflichtungserklärung des Bieters gemäß § 3 Abs. 1 bis 3 (Tariftreueerklärung) sowohl für den Bieter als auch für die Nachunter-



nehmen und Verleihunternehmern, die der Bieter bei der Ausführung der ausgeschriebenen Leistungen einbinden möchte, abzugeben.

6. Einverständnis der Bewerber

Jeder am Verfahren beteiligte Bewerber erklärt sich durch seine Beteiligung und Mitwirkung mit den vorliegenden Verfahrensbedingungen einverstanden. Verlautbarungen jeder Art über Inhalt und Ablauf des Verfahrens vor und während der Laufzeit des Wettbewerbs sowie des ggf. anschließenden Vergabeverfahrens einschließlich der Veröffentlichung aller Ergebnisse dürfen nur durch die Vergabestelle und ihre Bevollmächtigten abgegeben werden.

Jeder Bewerber willigt durch seine Beteiligung am Verfahren ein, dass seine personenbezogenen Daten im Zusammenhang mit dem o.g. Verfahren in Form einer automatisierten Datei geführt werden. Eingetragen werden Name, Vertreter, Anschrift, Telefonnummer und E-Mail-Adresse. Nach Abschluss des Verfahrens werden diese Daten entsprechend den datenschutzrechtlichen Bestimmungen gelöscht.

Jeder Bewerber hat mit Übersendung von Unterlagen im Teilnahmewettbewerb bzw. in den nachfolgenden Vergabe Verhandlungen diejenigen Unterlagen deutlich kenntlich zu machen, die Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse enthalten und in welche nach Auffassung des Bewerbers daher im Falle eines vergaberechtlichen Nachprüfungsverfahrens die Akteneinsicht durch Dritte zu versagen ist.

7. Vergabekammer

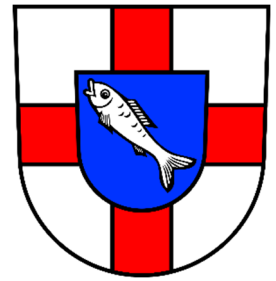
Für Nachprüfungsverfahren zuständige Stelle:

Vergabekammer Baden-Württemberg beim Regierungspräsidium Karlsruhe
Kapellenstraße 17
76131 Karlsruhe
Telefax: +49 721 926-3985

Gemeinde Moos

Auswahlverfahren einer Dienstleistungskonzession im Betreibermodell für
den Betrieb eines Gigabit-Netzes 2.0 im Rahmen des Lückenschlussprogramm

Bewerbermemorandum



Seite 14 von 14 Seiten

8. Anlagen

- **Anlage 1:** Teilnahmeformular
- **Anlage 2:** Informationen DSGVO
- **Anlage 3:** Übersicht
- **Anlage 4:** Zuwendungsbescheide